

Liebe Freunde und Mitglieder der EDU Kanton St. Gallen

Gerne gebe ich wieder einige Informationen weiter. Etwas ganz Positives zuerst:

Die FMH (Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte) hat sonst die Gewohnheit, neue Richtlinien der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) zu übernehmen. Am Donnerstag, 25. Oktober 2018, nach einer zweistündigen Debatte sagte die FMH jedoch Nein zu revidierten Richtlinien zum Umgang mit Sterben und Tod. Mit 99 zu 37 Stimmen soll die **Beihilfe zum Suizid auch künftig keine ärztliche Aufgabe** sein!

Das Kriterium der Todesnähe wäre weggefallen. Der Geltungsbereich wäre ausgeweitet worden auf Jugendliche und Kinder und auf Menschen mit geistiger, psychischer und Mehrfachbehinderung. Dieses Nein ist ein Ja für das Leben und ein Statement für die Verpflichtung und den Versuch, verzweifelten, lebensmüden, vielleicht vereinsamten und depressiven Menschen auf vielfältige Art zu helfen, neue Hoffnung und Zuversicht zu schenken sowie sich für eine neue Lebensqualität einzusetzen.

Folgende Petition kann noch bis am 30. Oktober online unterzeichnet werden:

<https://schutz-vor-strahlung.ch/site/petition-schutz-vor-hochfrequenter-strahlung-in-kinderkrippen-und-kindergaerten/>

Um was geht es?

Hochfrequente Strahlung wird im Wohnbereich überwiegend von WLAN und DECT-Telefonen verursacht. Industrieunabhängige Studien belegen, dass hochfrequente Strahlenbelastung ein Gesundheitsrisiko darstellt. Vor allem für Kleinkinder im Wachstum: Kinder weisen eine höhere Strahlenaufnahme auf, da Haut und Knochen dünner sind: Im Kopf ist die Strahlenaufnahme im Vergleich zu einem Erwachsenen doppelt so hoch, im Knochenmark bis um das zehnfache (!) höher.

Durch das Wachstum findet häufige Zellteilung statt. Während der Teilung sind Zellen besonders angreifbar.

Forderungen der Petition

Der Verein Schutz vor Strahlung Schweiz und alle Unterzeichnenden dieser Petition fordern die verantwortlichen Entscheidungsträger dazu auf, Massnahmen zur Strahlenreduktion in Einrichtungen für Kleinkinder schweizweit einzuführen:

WLAN: Keine Nutzung von WLAN in Kinderkrippen und Kindergärten. Kabelgebundene Lösungen statt WLAN.

DECT-Telefone: keine Nutzung von DECT-Telefonen. Ausgenommen sind DECT-Telefone, die im Standby-Betrieb strahlungsfrei sind (Full Eco-Modus oder Eco-Modus Plus).

Babyphone: Es sollten nur elektrosmogreduzierte Geräte zum Einsatz kommen, die weder mit WLAN noch mit dem DECT-Standard betrieben werden.

Aufklärungsmassnahmen zur Strahlenreduktion für Pädagogen und Eltern.

Andere Länder haben bereits gehandelt: WLAN ist in Einrichtungen für Kleinkinder in Israel, Frankreich und auf Zypern gesetzlich verboten.

**Diese Petition «Abtreibungsfolgen öffentlich machen» ist ebenfalls eine gute Sache.
Informationen und unterschreiben unter:**

<https://marschfuerslaebe.ch/petition-abtreibungsfolgen/>

Nein zum Uno-Migrationspakt

Die Souveränität der Schweiz muss erhalten bleiben!

Petition an die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Am 10. und 11. Dezember 2018 soll in Marokko von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (Uno) der «Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration» unterzeichnet werden. **Siehe Petitionsbogen im Anhang!**

Die EDU Kanton St. Gallen lädt ein

MV EDU Toggenburg: Samstag 3. November, 9 Uhr Restaurant Thurpark,

Volkshausstrasse 23, Wattwil

Anschliessend um 11 Uhr öffentlicher Vortrag mit Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, Markus Ritter: **Spannungsfelder der Landwirtschaft**

Abstimmungsforen:

Montag 5. November, in Flawil

Donnerstag 8. November, in St. Gallen

Jeweils 19 Uhr

Die bisherigen Veranstaltungsorte waren bereits ausgebucht.

Für Auskunft zum Ort der Veranstaltungen rufen Sie an unter [071 983 39 49](tel:0719833949)

MV EDU Kreis Wil:

Freitag 9. November, 19.30 Uhr öffentlicher **Vortrag mit Pierre Herter «Erlassjahr – auch etwas für uns? Anschliessend MV**, Hof zu Wil, Marktgasse 88, Wi

Unsere Parolen zu den Abstimmungen vom 25. November:

JA zur Erweiterung und Erneuerung des Regionalgefängnisses und der Staatsanwaltschaft Altstätten

Es erscheint sinnvoll, kleinere kostspielige Gefängnisse mit den für diese nicht zu erfüllenden Vorschriften und Sicherheitsbestimmungen zugunsten einer Erweiterung und Erneuerung in Altstätten zu schliessen. Auch der Bedarf für verschiedene «Klienten» und Infrastrukturen ist ausgewiesen.

Zentral bleibt die Frage, wie kostenintensiv Strafanstalten sein müssen und was tatsächlich sinnvoll ist, damit der Strafgedanke erhalten bleibt und doch eine spätere Wiedereingliederung in die Gesellschaft gefördert wird. Eine Gratwanderung. Deshalb ein kritisches Ja.

JA zum V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung

Leider hat auch bei den Berufsschulen eine Zentralisierung stattgefunden mit damit verbundener Einheitlichkeit mit Vor- und Nachteilen. Unter diesen gegebenen Umständen ist der Erhalt der Berufsfachschulkommissionen als Milizgremien mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Region und eine klare Abgrenzung der Aufgaben zum Amt für Berufsbildung zu begrüssen.

Insbesondere zu befürworten ist die Übertragung so vieler Aufgaben wie möglich für die Berufsfachschulkommissionen und so viele Aufgaben wie nötig auf Seite des Amtes für Berufsbildung. Dass diese Neuorganisation nicht mehr Personal und keine weiteren Kosten verursachen soll, ist ebenfalls positiv hervorzuheben.

NEIN zur Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»

Der Vorstand der EDU Kanton St. Gallen hat das Wohl von Mensch und Tier und den Respekt der Schöpfung im Fokus. Die aktuelle Schweizer Praxis dient dem bestmöglich. Bei Kälbern wird schmerzfrei verhindert, dass Hörner wachsen. Damit sind Rinder- und Kuh-Herden in Laufställen und auf der Weide ruhiger und schwächere Tiere werden geschont. Verletzungen bei anderen Tieren, Aborte wegen Hornstössen und auch Verletzungen bei Menschen durch Hörner können so vermieden werden. Die Hornkuh-Initiative bringt aus Sicht der EDU keine Verbesserung, sondern neue Kontrollen.

JA zur Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»

Die Selbstbestimmungsinitiative setzt aus Sicht des Vorstands der EDU Kanton St. Gallen ein deutliches Zeichen, dass der Bundesrat, das Parlament und die Gerichte sich nicht weiter hin zu einer schleichenden Höherbewertung fremden Rechts bewegen dürfen. Die Anerkennung der Menschenrechte findet bereits in der Bundesverfassung Beachtung und wird nicht in Frage gestellt. Vielmehr wird dem Bundesrat und dem Parlament der Rücken gestärkt gegenüber ausländischem Druck und internationalen Wirtschaftsinteressen, welche nicht das Wohl der Schweiz im Blickfeld haben.

JA zur gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten

Missbräuche bei den Sozialversicherungen müssen zugunsten der ehrlichen Versicherten bekämpft werden. Die frühere, mit einem Ja wieder herzustellende Praxis hat gezeigt, dass Observationen in den allermeisten Fällen auch effektive Missbräuche aufdeckten. Die vorliegende Gesetzesänderung gibt dieser Missbrauchsbekämpfung eine notwendige gesetzliche Grundlage. Mit dem Ja zu dieser Vorlage will der Vorstand der EDU Kanton St. Gallen den Versicherungen wieder die Möglichkeit geben, millionenschwere Missbräuche zu verhindern.

Mit herzlichen Grüssen

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Petition

Nein zum Uno-Migrationspakt

Die Souveränität der Schweiz muss erhalten bleiben!

Petition an die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Am 10. und 11. Dezember 2018 soll in Marokko von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (Uno) der «Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration» unterzeichnet werden.

Die Unterzeichnenden fordern die Mitglieder der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf, durchzusetzen, dass die Schweiz diesen Pakt nicht unterzeichnet und sich umgehend aus diesem illusionären und für die ganze Welt, besonders aber für die Schweiz gefährlichen Migrationspakt zurückzieht.

Der Pakt hebt unsere nationale Souveränität in Migrationsfragen weitestgehend aus. Denn er erhebt Migration zu einem «Menschenrecht», das jedermann zu gewährleisten sei, der sich irgendwie «als in einer schwierigen Lage befindend» vorkommt. Kritik an der Einwanderungspolitik soll unter Strafe gestellt werden. Dieser Pakt wird von hunderten Millionen Auswanderungswilligen in allen möglichen, insbesondere in den instabilen Ländern der Welt als Einladung verstanden, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Angesichts von 29 schweren Terroranschlägen, die in den letzten dreieinhalb Jahren durch islamische Einwanderer in Europa verübt worden sind, ist die Uno-Forderung nach unkontrollierter Einwanderung auch eine schwere Bedrohung für die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bewohner.

Der Uno-Migrationspakt widerspricht auch den von Volk und Ständen beschlossenen Verfassungsartikeln auf Ausschaffung krimineller Ausländer sowie der Absage an die Masseneinwanderung fundamental. Sein Inhalt kann von der Schweiz niemals übernommen werden.

Wir fordern Sie, Mitglieder der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, daher auf, den Ausstieg der Schweiz aus dem Globalen Migrationspakt der UNO durchzusetzen. Ebenso fordern wir Sie auf, dass die Schweiz – sollte es in der UNO-Generalversammlung zu einer Abstimmung über den Migrationspakt kommen – mit Nein stimmen wird.

Vorname	Nachname	Geb.-Datum	Strasse, Nr., PLZ/Ort	Unterschrift

Weitere Unterschriften können auf der Rückseite angebracht werden

Vorname	Nachname	Geb.-Datum	Strasse, Nr., PLZ/Ort	Unterschrift

Einsenden bis spätestens 1. Dezember 2018 an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
E-Mail: info@schweizerzeit.ch, Fax 052 301 31 03

Bei dieser Adresse können Sie auch weitere leere Petitionsbogen bestellen.